

U 004
Lfd.-Nr. 1157

DGB-Bezirksvorstand Hessen-Thüringen

Vorerst keine Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und DGB

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, die am
- 2 05.02.2013 in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Mich-
- 3 ael Sommer und Thomas de Maizière angekündigte "engere
- 4 Zusammenarbeit" zwischen dem DGB und der Bundeswehr in
- 5 einer beteiligungsorientierten Form zu überprüfen.

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme in geänderter Fassung

Titeländerung

Vorerst keine **engere** Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und DGB

Zeilen 1 - 5: Streichung und Ersetzung

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, ~~die am 05.02.2013 in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Michael Sommer und Thomas de Maizière angekündigte~~ **die Frage, ob und in welchen Bereichen eine engere Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr sinnvoll ist**, in einer beteiligungsorientierten Form zu überprüfen.

U 005

Lfd.-Nr. 1037

DGB-Bundesjugendausschuss

Keine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundeswehr

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Erledigt bei Annahme von Antrag U 004/1157

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Es darf keine gemeinsame Erklärung des DGB mit der Bundes-
- 2 wehr geben, die vom DGB-Bundesvorsitzenden Sommer und
- 3 dem deutschen Verteidigungsminister de Maizière auf der
- 4 Bundesvorstandssitzung am 05.02.2013 angekündigt wurde.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Der Anlass: DGB und Bundeswehr kurz vor dem Schulter-
- 9 schluss

10

- 11 Auf Einladung des DGB nahm Verteidigungsminister de
- 12 Maizière am 05.02.2013 an der Bundesvorstandssitzung des
- 13 DGB teil. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz kündigten
- 14 Sommer und de Maizière an, eine gemeinsame Erklärung von
- 15 DGB und Bundeswehr ausarbeiten zu lassen. Des Weiteren
- 16 sprachen sich die beiden für einen weiteren Dialog und eine
- 17 tiefere Zusammenarbeit von DGB und Bundeswehr aus, denn
- 18 ihrer Meinung nach gibt es keine Gegensätze mehr zwischen
- 19 der organisierten Arbeiterbewegung und dem deutschen Mili-
- 20 tär.

U 007

Lfd.-Nr. 1204

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft

Friedenspolitik

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1 Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

2

3 Der DGB sieht sich den Zielen der Friedensbewegung verpf-
4 lichtet und macht sich - anknüpfend an eine lange Tradition im
5 Kampf gegen Faschismus und Militarismus - für eine aktive
6 und nachhaltige Friedenspolitik stark.

7

8 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich für
9 ein Leben in Frieden, Demokratie, Freiheit, Menschenwürde
10 und sozialer Sicherheit ein und unterstützen diese Ziele welt-
11 weit. Krieg vernichtet Demokratie, Freiheit, Menschenwürde
12 und sozialen Zusammenhalt. Nicht nur Soldaten sind
13 Kriegsoffer. Die überwältigende Mehrheit sind Zivilisten, ein
14 Großteil davon Kinder. Ihnen werden Perspektiven und Zu-
15 kunft genommen.

16

17 **Für den DGB steht fest: Krieg kann und darf niemals**
18 **ein Mittel der Politik sein – Nie wieder Krieg!**

19

20 Die Ursachen von Konflikten und Kriegen gilt es mit zivilen
21 Mitteln zu beseitigen. Gewalt kann nicht mit Gewalt einge-
22 dämmt werden. Vielmehr müssen die Möglichkeiten zu
23 Friedensbildung, ziviler Krisenprävention und gewaltfreier Kon-
24 fliktbearbeitung aus- und der gesellschaftliche Einfluss des
25 Militärs und der Rüstungsindustrie, vor allem in Bildungs-
26 einrichtungen, abgebaut werden.

27

28 Der DGB fordert daher, die Ausgaben für Militäreinsätze und
29 Rüstung drastisch zu reduzieren und das eingesparte Geld für
30 Bildung und nachhaltige Entwicklung zu verwenden.

31

32 Viele Staaten geben mehr Geld für Rüstung als für Bildung
33 aus. So wird das Recht auf Bildung doppelt torpediert: Die
34 Rüstungsausgaben reduzieren die Spielräume für Bildungsfi-
35 nanzierung, bewaffnete Konflikte berauben die Menschen ih-
36 rer Lebens- und Bildungschancen.

37

38 **Der DGB fordert: Bildung statt Rüstung! Er wird sich**
39 **im Rahmen seiner Möglichkeiten für dementspre-**
40 **chende nationale und internationale Aktivitäten ein-**
41

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Annahme in geänderter Fassung

Zeilen 3 - 6: Streichung und Ersetzung

Der DGB tritt für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Er ist damit Teil der Friedensbewegung verpflichtet und macht sich - anknüpfend an eine lange Tradition im Kampf gegen Faschismus und Militarismus - für eine aktive und nachhaltige Friedenspolitik stark.

Zeilen 11 - 12: Streichung und Ersetzung

~~Krieg vernichtet Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und sozialen Zusammenhalt.~~ **Kriege und Bürgerkriege schaffen unendliches Leid und vernichten Menschenwürde und den sozialen Zusammenhalt.**

Zeile 28: Ergänzung

Der DGB fordert daher, die **weltweiten** Ausgaben für Militär und Rüstung drastisch zu reduzieren ...

Zeilen 97 - 98: Streichung

~~Drittmittelaufträge des Verteidigungsministeriums für wehr- und sicherheitstechnische Forschung an öffentlichen Hochschulen unterliegen der "Geheimschutzordnung", ...~~

Zeilen 125-141: Streichung und Ersetzung

Die Bundeswehr hat sich seit 1990 – insbesondere mit der Abschaffung der Wehrpflicht – in ihrem Auftrag von einer Verteidigungsarmee zu einer Armee für Auslandseinsätze gewandelt. Zu den deutschen Sicherheitsinteressen zählen nach den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 auch die Ermöglichung eines freien und ungehinderten Welthandels sowie der freie Zugang zur Hohen See und zu natürlichen Ressourcen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass die Bundeswehr eine Parlamentsarmee bleibt. Der DGB lehnt jede Aufweichung des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr entschieden ab.

Der DGB fordert den Bundestag auf, keinen Auslandseinsätzen zuzustimmen, die nicht auf einem UN-Mandat beruhen.

42 **setzen.**

43

44 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften wollen das Men-
45 schenrecht auf Bildung verwirklichen. Dies kann nur durch
46 eine Erziehung in Frieden zum Frieden geschehen. Das Recht
47 auf Bildung umfasst das Recht auf Menschenrechts- und
48 Friedensbildung.

49

50 Der DGB betont deshalb die Grundsätze der Erklärung der
51 Bildungsinternationalen, in der die Verpflichtung zu einer
52 werthaftern, an den Menschenrechten orientierten Bildung und
53 Erziehung festgelegt ist.

54

55 Er stellt sich hinter die gemeinsame Erklärung der
56 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) mit der
57 Kultusministerkonferenz, die die Zukunftsaufgaben von
58 Bildung und Erziehung durch die Sicherung von Frieden und
59 Gewaltfreiheit geprägt sieht.

60

61 Er verweist außerdem auf den Beutelsbacher Konsens, der für
62 die politische Bildung maßgeblich ist und ein Überwältigungs-
63 verbot, ein Kontroversitätsgebot sowie die Berücksichtigung
64 des Interesses der Schülerinnen und Schüler vorsieht.

65

66 **Der DGB fordert: Friedensbildung statt Ver-**
67 **harmlosung oder Idealisierung von Krieg und Waffen-**
68 **technologie!**

69

70 Der DGB verurteilt die teils aggressive, teils verdeckte Wer-
71 bung der Bundeswehr in der Öffentlichkeit und in Bildungs-
72 einrichtungen für den Einsatz von Kriegswaffen und für den
73 Soldat/innenberuf. Die Aufgaben und Belastungen des Solda-
74 tenberufes sowie seine gesellschaftlichen Auswirkungen wer-
75 den gezielt verharmlost. Die Werbung für Actioncamps und
76 Abenteuerurlaube täuscht bewusst über die Realität des Tö-
77 tens und Sterbens im Kriegseinsatz hinweg.

78 Junge Menschen werden durch den alleinigen Einsatz von
79 Jugendoffizieren an Schulen in der Ausübung ihres Rechts auf
80 eine freie Meinungs- und Willensbildung einseitig beeinflusst.

81 In vielen Bundesländern ist die Bundeswehr - obwohl sie kei-
82 nen Bildungsauftrag hat - durch Kooperationsvereinbarungen
83 in der Lage, sowohl direkt auf Schüler/innen und Lehrkräfte
84 einzuwirken als auch indirekt die inhaltliche Gestaltung des
85 Unterrichts politisch zu beeinflussen (z.B. durch die Bereitstel-
86 lung kostenlosen Unterrichtsmaterials). Das Überwältigungs-
87 verbot, das Kontroversitätsgebot und das Interesse der Schüle-
88 rinnen und Schüler werden systematisch verletzt.

**Ebenso unverzichtbar ist der Ausbau des Konzeptes
des Staatsbürgers in Uniform sowie der inneren Füh-
rung.**

**Der DGB stellt weiterhin fest, dass – unabhängig von
der politischen Kritik an Einsatzkonzepten und dem
Auftreten der Bundeswehr in der Öffentlichkeit – die
gewerkschaftliche Vertretung aller Bundeswehr-
angehörigen Aufgabe der DGB Gewerkschaften als
Einheitsgewerkschaft ist.**

**Die freie gewerkschaftliche Organisierung von zivilen
Beschäftigten der Bundeswehr und von Soldatinnen
und Soldaten ist ein wichtiger Grundpfeiler der inne-
ren Führung. Gerade in Zeiten der Belastungen durch
die aktuellen Umstrukturierungen der Bundeswehr ist
dies auch dringend erforderlich.**

Zeile 144: Ergänzung

Gegenüber der Regierung, **dem Parlament** und der Öffent-
lichkeit.

89 **Der DGB fordert die Länder auf, bestehende Koopera-**
90 **tionsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kün-**
91 **digten. Sie sieht in den Lehrkräften die Fachkräfte, die**
92 **unter Beachtung des Beutelsbacher Konsenses am**
93 **besten dazu geeignet sind, Friedensbildung frei von**
94 **Interessen Dritter zu vermitteln.**

95

96 Auch die zunehmende Militarisierung von Forschung und
97 Lehre betrachtet der DGB kritisch. Drittmittelaufträge des Ver-
98 teidigungsministeriums für wehr- und sicherheitstechnische
99 Forschung an öffentlichen Hochschulen unterliegen der „Ge-
100 heimschutzordnung“, Militär und Rüstungsindustrie gewinnen
101 im Zuge der fortschreitenden Abhängigkeit wissenschaftlicher
102 Einrichtungen von privaten Geldgebern Einfluss: Rüstungs-
103 konzerne vergeben Forschungsarbeiten und finanzieren Stif-
104 tungsprofessuren, Jugendoffiziere bieten Veranstaltungen an,
105 die sich Studierende für ihr Studium anrechnen lassen können.
106 Dabei sind längst nicht nur Natur- und Ingenieurwissenschaf-
107 ten betroffen, auch in Pharmazie, Medizin und Sozialwis-
108 senschaften wird für Kriege und deren Legitimation und
109 Akzeptanz geforscht. Forschung und Lehre sollten dazu beitra-
110 gen, Ursachen von Krieg, Möglichkeiten ziviler Konfliktbe-
111 arbeitung und die Voraussetzungen für Frieden zu ergründen
112 und nicht militärischen Zwecken dienen. Hochschulen müssen
113 Orte offener Wissensproduktion sein und ihrer gesellschaftli-
114 chen Verantwortung gerecht werden.

115

116 **Der DGB fordert daher Hochschulen und Forschungs-**
117 **einrichtungen auf, sich über Zivilklauseln auf die For-**
118 **schung zu zivilen und friedlichen Zwecken zu verpf-**
119 **lichten. Der Abhängigkeit der Wissenschaft von**
120 **privatwirtschaftlichen Geldgebern muss durch eine**
121 **ausreichende öffentliche Finanzierung entgegen-**
122 **gewirkt und Zwecke der Forschung müssen der Öff-**
123 **entlichkeit transparent gemacht werden.**

124

125 Der DGB zeigt sich außerordentlich besorgt über die nationale
126 wie internationale Rolle der Bundeswehr.

127 Die Bundeswehr hat sich seit 1990 immer weiter von einer
128 nationalen Verteidigungsarmee zu einer internationalen In-
129 terventionstruppe gewandelt. Zur Aufgabe der Bundeswehr
130 gehört es nunmehr ausdrücklich auch, freie Handelswege, eine
131 gesicherte Rohstoffversorgung sowie die Erschließung und
132 den Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten
133 zu sichern. Mit Friedenssicherung hat dies nichts zu tun.

134

135

136 **Der DGB lehnt die Beteiligung der Bundeswehr an**
137 **derartigen Einsätzen ab. Er fordert die Bundesregie-**
138 **rung auf, jegliche direkte oder indirekte Unter-**
139 **stützung von militärischen Interventionen, die nicht**
140 **von einem UN-Mandat gedeckt sind, zu unterlassen**
141 **oder zu beenden.**

142

143 Der DGB wird diese Forderungen zusammen mit seinen Mit-
144 gliedsgewerkschaften gegenüber der Regierung und der Öff-
145 entlichkeit offensiv vertreten und in Aktionen unterstreichen.
146 Der Antikriegstag muss wieder stärker in das gesellschaftliche
147 Bewusstsein gerückt werden.

U 008

Lfd.-Nr. 1112

DGB-Bezirksvorstand Nord

Militärfreie Schule

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Erledigt bei Annahme von Antrag U 007/1204

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der DGB wirkt öffentlich darauf hin, dass die Zusammenarbeit
- 2 von Schule und Bundeswehr zum Zwecke der Wehrdienstbera-
- 3 tung, bei schulischen Veranstaltungen bzw. schulischen
- 4 Truppenbesuchen beendet wird.

5

6 **Begründung:**

7

- 8 Die Zusammenarbeit von Schule und Bundeswehr zum Zwe-
- 9 cke der Wehrdienstberatung, bei schulischen Veranstaltungen
- 10 bzw. schulischen Truppenbesuchen ist sofort einzustellen. Die
- 11 Bundeswehr ist seit Ende des kalten Krieges keine Vertei-
- 12 digungsarmee mehr. Sie dient vielmehr der Durchsetzung
- 13 außenpolitischer Ziele und der Sicherung wirtschaftlicher In-
- 14 teressen. Dafür sterben seit einigen Jahren junge Menschen.
- 15 Dies lehnen wir ab.

U 009

Lfd.-Nr. 1128

DGB-Bezirksvorstand Berlin-Brandenburg

**Militärische Forschung an Hochschulen abschaffen!
Zivilklausel verankern!**

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Erledigt bei Annahme von Antrag U 007/1204

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften setzen sich auf
- 2 allen Ebenen und mit allen ihnen zur Verfügung stehenden
- 3 Mitteln in jedem Bundesland dafür ein, dass in den jeweiligen
- 4 Landeshochschulgesetzen die Verankerung einer sogenannten
- 5 Zivilklausel erfolgt. Darüber hinaus müssen die Hochschulen
- 6 finanziell so gestärkt werden, dass sie auf Drittmittel der
- 7 Bundeswehr, von Rüstungskonzernen, des Verteidigungsmini-
- 8 nisteriums oder anderen militärischen Firmen und/oder Institu-
- 9 tionen nicht mehr angewiesen sind und diese auch aus eige-
- 10 ner Kraft ablehnen können.
- 11 Wir schlagen eine Verankerung im Hochschulgesetz wie folgt
- 12 vor: »Die Hochschulen wirken für eine zivile Gesellschafts-
- 13 entwicklung. Die ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen
- 14 Mittel dürfen ausschließlich für Vorhaben verwendet werden,
- 15 die nicht militären Zwecken dienen. Die Kooperation innerhalb
- 16 der Lehre mit und Mittel von rüstungsnahen Geldgebern oder
- 17 Dienststellen innerhalb des Geschäftsbereiches des BMVg
- 18 werden abgelehnt. Grundlage der Beurteilung ist die
- 19 Kriegswaffenliste, Anlage zu § 1 Abs. 1, KrWaffKontrG, und
- 20 Abschnitt C der Ausfuhrliste, Anlage zur AWW.

21
22 **Begründung:**

- 23
- 24 Deutsche Rüstungsindustrien exportieren, wie die aktuellen
- 25 Ereignisse zeigen, absichtlich in Länder, in denen Menschen
- 26 unterdrückt und an der freien Ausübung ihrer Menschenrechte
- 27 gehindert werden. Dies ist einer demokratischen und zivilen
- 28 Hochschule nicht würdig und steht auch den gewerkschaftli-
- 29 chen Grundsätzen entgegen. Es widerspricht i. d. R. sogar dem
- 30 Nutzen, den die meisten Studierenden mit ihren Arbeiten und
- 31 ihrem Studium erbringen wollen.
- 32 Hochschulen sind der Wissenschaft verpflichtet und nicht der
- 33 Unterdrückung der Menschenrechte! Da eine Nutzung der
- 34 Forschung und der Arbeit der Studierenden, auch in Bran-
- 35 denburg, für militärische Zwecke nicht ausgeschlossen werden
- 36 kann, ist eine Zivilklausel im Gesetz zu verankern.

U 010
Lfd.-Nr. 1178

DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

**Eine Kampagne 2014: für Frieden und Abrüstung
Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! Kriege
beenden!**

Empfehlung der Antragsberatungskommission
Erledigt bei Annahme von Antrag U 007/1204

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

- 1 Die Friedenskampagne 2014 besteht aus folgenden Forderungen,
2 gen, die vom DGB aktiv umgesetzt werden:
3
- 4 1. Der DGB-Bundesvorstand wird zum Auftakt dieser
5 Kampagne zu einer bundesweiten, friedenspolitischen
6 Veranstaltung einladen, die sich mit den Ursachen, den
7 Hintergründen, der beiden imperialistischen Weltkriege
8 und den Lehren für heute beschäftigt. Dabei werden Ver-
9 treterInnen des DGB, seiner Einzelgewerkschaften und
10 der Friedensbewegung zu Redebeiträgen eingeladen.
- 11 2. Schluss mit dem Krieg in Afghanistan und den weltweiten
12 Kriegseinsätzen der Bundeswehr! Der DGB wendet sich
13 entschieden gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer
14 weltweiten Interventionsarmee.
- 15 3. Schluss mit Rüstungsexporten! Der DGB wird aktiv für die
16 Rüstungskonversion: zivile Produktion statt Rüstungspro-
17 duktion. Notwendig sind Produkte für das Leben statt
18 Waffen für den Tod.
- 19 4. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, die Rüstungs-
20 ausgaben deutlich zu senken. Die eingesparten Mittel
21 werden für soziale, ökologische, bildungs- und
22 gesundheitspolitische Ziele und Aufgaben verwendet.
- 23 5. Der DGB tritt auf Bundes- und Landesebene dafür ein,
24 dass die Kooperationsabkommen Schule - Bundeswehr
25 gekündigt werden. Grundgesetz und Landesverfassungen
26 sprechen sich für eine Friedenserziehung der Jugend aus.
27 Kein neuer Militarismus! Deshalb keine Werbung der
28 Bundeswehr an Schulen, Hochschulen und Universitäten.
- 29 6. Der DGB fordert die Bundesregierung auf, kein Geld für
30 die Beschaffung von Kampfdrohnen zu verschwenden,
31 den Einsatz von Spionagedrohnen zur Überwachung der
32 Bevölkerung zu untersagen, Verbot, Ächtung und Vernich-
33 tung von ABC-Waffen einzuleiten. Abzug der US-
34 Atomwaffen aus Büchel.

35
36
37
38
39